

Bochum, 25-05-2007

Rabatz gegen KiBiz

Stadtelternrat kündigt massiven Protest gegen das "Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern" an. Befürchtung: Individualität bleibt auf der Strecke

Massiven Protest gegen das "Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern", kurz "KiBiz", kündigt der Stadtelternrat an. Dieses Gesetz, das die Landesregierung am Dienstag auf den Weg brachte, dürfe in dieser Form nicht verabschiedet werden.

"Wenn man sich den Inhalt genauer anschaut kriegt man schreckliche Gänsehaut und man bekommt das Fürchten", empört sich Susanne Rehm, Sprecherin des Stadtelternrates. Erschreckend sei besonders, dass das Gesetz alles vom Tisch wische, was für Kindergärten von Bedeutung ist.

Unterstützt wird sie von Christa Decka, Leiterin des St. Barbara-Kindergartens in Wattenscheid, und von Hermann Vöbing, Vertreter des Trägers Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer (SKFM), der das Vorhaben der Landesregierung als reines Finanzierungsgesetz bezeichnet.

"Das Ganze ist eine linke Geschichte", sagt Vöbing. Das Geld, das man künftig für die Kinder bekommen soll, reiche nicht aus, weil damit der komplette Haushalt eines Kindergartens abgedeckt werden müsse, einschließlich Personal- und Betriebskosten. Eine Planbarkeit sei schon aus dem Grunde nicht mehr gegeben, weil die Finanzierung auf "Kopfpauschalen" ausgerichtet sei. Vöbing: "Aus Trägersicht gibt es überhaupt keinen Grund zur Reform."

Was Eltern und Erzieherinnen gleichermaßen "auf die Palme" bringt, ist, dass das letztlich auf der Strecke bleibe, was die Bezeichnung des Gesetzes eigentlich ausdrückt - nämlich die frühe Bildung und Förderung von Kindern. Schon jetzt, bei einer Gruppenstärke von 25 Kindern im Alter ab drei Jahre, sei eine individuelle Förderung schwierig. Wie solle man dem Auftrag nachkommen, wenn 30 und mehr Kinder pro Gruppe zu betreuen sind? Dann reduziere sich die Arbeit auf eine reine "Verwahranstalt".

Susanne Rehm gibt noch einen weiteren Punkt zu bedenken, wenn auch Kinder unter drei Jahren in den Kindergarten kommen. "Der Umstand, dass Kinder zwischen zwei und drei Jahren gerade erst lernen, selbstständig zu essen, zur Toilette zu gehen, zu sprechen, die eigene Persönlichkeit wahrzunehmen wird gänzlich übergangen. Die Erzieherinnen werden also in Zukunft vor die Wahl gestellt, ob sie den Bedürfnissen der 'Kleinen' nachkommen, oder ob sie sich um die 'Großen' kümmern."

Auch was die Mitwirkung der Eltern in den Betreuungseinrichtungen angeht, stelle dieses Gesetz einen deutlichen Rückschritt dar. Die Elternmitbestimmung werde ganz dem Gutdünken des Trägers überlassen.

Der Stadtelternrat ruft zu einer großen Protestaktion am 13. Juni um 17 Uhr auf dem Dr.Ruer-Platz auf. Noch sei das Gesetz nicht beschlossen; Eltern und Erzieherinnen hätten die Möglichkeit, sogar die Pflicht, gegen dieses Vorhaben der Landesregierung vorzugehen.

25.05.2007 Von Norbert Schmitz